Bocholter Volksblatt

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 1.25 Mk., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 3.75, durch Postboten ins Haus gebracht M. 4.17. Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags. **Geschäftsst.:** Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 92.) Rhede, J. G. Hams. Anholt Wilhelm Wolfing.

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 20 Pf., für Auswärtige 25 Pf. Textanzeige kosten die Kleinzeile 80 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß. Auskunft- und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung. Konkursen u. s. w. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

48. Jahrgang — Donnerstag, den 17. Juli 1919 — Nummer 169

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 15. Juli.

Das Haus wählt zum Vizepräsidenten anstelle des zum Unterstaatssekretär ernannten früheren Abgeordneten Schulz (S.) den Abg. **Löbe** (Soz.).

Es folgt die Abstimmung über den Antrag des Ausschusses für die Wahlprüfungen im Regierungsbezirk **Düsseldorf**. Der Ausschuß hat teilweise Nachwahl vorgeschlagen.

Abg. **Spahn** (Z.) beantragt Zurückverweisung an den Ausschuß.

Das Haus beschließt mit großer Mehrheit gemäß dem Antrage Spahn.

Darauf setzt das Haus die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes mit dem zweiten Hauptteil

Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen

fort.

Artikel 107 bestimmt einleitend, die Grundrechte und Grundpflichten, wie die Richtschnur und Schranken für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern. Er wird gestrichen.

Artikel 108 beschließt: Alle Deutschen sind **vor dem Gesetz gleich.** Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Oeffentliche Vorrechte und Nachteile der Geburt oder des Standes bestehen nicht. **Adelsbezeichnungen** gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. **Titel** dürfen nur als Amts- oder Berufsbezeichnung angesehen werden. **Akademische Grade** sind hierdurch nicht betroffen. Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel und Orden annehmen.

Artikel 108 wird in der Fassung des Ausschusses **angenommen.**

Artikel 109 handelt von der Staatsangehörigkeit.

Abg. **Kraut** (D. N.) begründet einen Antrag, wonach die Ausübung politischer Rechte für das einzelne Land vom Besitz der **Staatsangehörigkeit** abhängig gemacht werden kann.

Artikel 109 wird unter Ablehnung des Antrages Kraut angenommen. Abgelehnt wird auch ein Antrag **Katzenstein** (S.), wonach eine Deutsche auch im Falle ihrer Verehelichung mit einem Ausländer berechtigt sein soll, ihre Staatsangehörigkeit beizubehalten.

Artikel 110 wird ohne Erörterung angenommen.

Ministerpräsident **Bauer:** Der Abg. Aßmann wünscht eine Erklärung, daß alles getan werde, um denjenigen Staatsbürgern, die die **polnische Nationalität erwerben** müssen, für spätere Zeit die Rückkehr in den deutschen Staatsverband zu erleichtern. Ich kann, obgleich natrlich ein Beschluß der Gesamtregierung noch nicht erfolgt ist, erklären, daß nach meiner Ueberzeugung die Regierung die Auffassung hat, daß diesem Wunsche nach Kräften Fole geleistet werden soll. (Beifall.)

Artikel 112 beschließt den Schutz der freien volkstümlichen Entwicklung der **fremdsprachigen Volksteile.**

Abg. **Dr. Cohn** (U.) befürwortet einen Antrag seiner Partei, stattfremdsprachigen Volksteile zu sagen „nationale Minderheiten".

In der Abstimmung erklärt Präsident **Fehrenbach** den Antrag Cohn für abgelehnt. Darauf bezweifelt Abg. Geyer die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident **Fehrenbach:** Die Bezweiflung der Beschlußfähigkeit ist nur vor einer Abstimmung möglich. Ich habe geglaubt, daß heute mindestens bis Artikel 118 erledigt würde. Wenn aber, wie bisher gesagt wird, was schon hundert- und tausendmal gesagt wurde, so ist das nicht möglich. Dieses Reden läßt alle Rücksichtnahme auf die Kollegen und die Stimmung im Volke, jede Rücksicht auf große Aufgaben, zu denen wir berufen sind, vermissen. Ich möchte um Abstellung dieser Rücksichtslosigkeit dringend bitten. Ich bedauere, so deutlich sprechen zu müssen; aber diese Art zu diskutieren bringt uns nicht zum Ende und wir wissen nicht vor Arbeit wohin.

Abg. **Geyer** (U.): Es liegt uns fern, die Beratung der Verfassung zu verschleppen, doch müssen wir in der Spezialberatung der zweiten Lesung eingehende Besprechung verlangen.

Nach einer längeren Erklärung des Präsidenten Fehrenbach, an deren Schluß dieser erklärt: Ich tue meine Pflicht vor dem Hause der Sache zuliebe und der öffentlichen Meinung. Mich trifft keine Verantwortung, aber meine Pflicht habe ich getan, wird Paragraph 113 beraten.

Nach längerer Debatte wird schließlich Artikel 113 unter Ablehnung des Antrages der Unabhängigen angenommen.

Das Reichsnotopfer.

Reichsfinanzminister Erzberger hat bei seinem Eintritt in das Finanzministerium selbst seine Erschrockenheit zugegeben, und es hat auch bereits nicht an gegnerischen Stimmen gefehlt, die sich dagegen wandten, daß man ein Fachministerium mit einem Nichtfachmann besetzt habe. Obgleich das bereits auch schon in früheren Zeiten geschehen ist, es sei nur daran erinnert, daß der Husarengeneral v. Podbielsky seinerzeit sich erst als Postminister und dann als Landwirtschaftsminister versuchte. Das Eine aber muß man dem Nichtfachmann Erzberger, der natürlich von einem Stabe von Fachleuten umgeben ist, lassen, daß er sich mit Feuereifer um das Steuerprogramm bemüht und besonders um den Hauptteil dieses Programms, um das Reichsnotopfer. Weder Schiffer noch Dernburg — das muß hervorgehoben werden — haben sich bisher zu einer klaren Stellungnahme hinsichtlich der großen Vermögensabgabe entschließen können. Erst Erzberger bringt dieses Gesetz ein und hat nach Lage der Dinge auch Aussicht, die Vorlage im wesentlichen durchzudrücken. Man braucht sich der großen Bedenken, die das Reichsnotopfer an sich hat, nicht zu verschließen. Es wird behauptet, daß der gewaltsame Eingriff in das Privatkapital Schädigungen der Volkswirtschaft im Gefolge haben könnte. Wenn solche Schädigungen und gewisse Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens entstehen, so soll das nicht bestritten werden, aber die in Frage kommenden Finanzleute sind der Meinung, daß die Erschütterungen nicht so stark sind, daß sie unserem Wirtschaftsleben neue Wunden schlagen oder daß sie gewisse Unternehmungen zu Fall bringen könnten. Wenn weiter behauptet wird, daß man die Henne nicht schlachten dürfe, die die goldenen Eier lege, so kann darauf erwidert werden, daß das Kapital an sich ja garnicht die Eier legende Henne ist, daß sie das erst durch die Verbindung mit den Faktoren Arbeit und Natur wird. Eine große dauernde Besteuerung der Arbeit aber würde tatsächlich die nationale Arbeitskraft vermindern. Eine solche Besteuerung könnte dazu führen, daß diese sogenannte goldene Henne weniger Eier zu legen in der Lage wäre. Durch die große Vermögensabgabe werden weder Werte vernichtet, noch werden Maschinen zerstört, noch bleiben Aecker brach liegen. Es geschieht also nichts weiter, als eine Verschiebung des in Geld ausgedrückten Kapitals. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß dieses Kapital vom Staate selbst nicht vernichtet wird, daß es vielmehr seinen Kreislauf in irgend einer Weise wieder in die Volkswirtschaft antritt. Werden die Erträgnisse der Vermögensabgabe zur Schuldminderung benutzt, so wird ja unsere Volkswirtschaft in gleicher Summe an Zinsverpflichtungen entlastet. Da ist aber das Gebot der Stunde, das ist das Riesenproblem und das ist letzten Endes die Hauptaufgabe dieses Reichsnotopfers. Die an sich möglichen Erschütterungen werden dadurch abgewendet, daß die Vermögensabgabe als Rente zu zahlen ist, daß also eine Verteilung auf Jahre hinaus in Frage kommen kann. Für niedrige Vermögen ist das relativ gering, kinderreiche Familien werden durch Kinderprivilegien besonders geschützt. Durch diese Maßnahmen kann das Reichsnotopfer auch als soziale Steuer bezeichnet werden, die die kleinen Vermögen nur in geringem Umfang trifft, die aber von den großen und größten Vermögen mehr als die Hälfte angesichts der Notlage des Staates zu fordern gezwungen ist.

Präsident **Fehrenbach:** Wir kommen jetzt zur **Toresstraße;** da müssen wir wohl abbrechen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Preußische Landesversammlung

Berlin, 15. Juli.

Die Regierung teilt mit, daß eine Bestimmung der rheinischen Städteordnung, wonach **Vater und Sohn** nicht zugleich Mitglied einer Stadtverordnetenversammlung sein können, aufgehoben werden soll.

Der Gesetzentwurf über das **Bürger- und Gemeinderecht der Frauen** wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des **Etats des Ministeriums des Innern** fortgesetzt.

Abg. Dr. **Neyl** (U.) fürchtet, daß bei der jetzigen Stellungnahme des Ministeriums des Innern **alle kommunalen Arbeiterräte** über kurz oder lang **abgewürgt** werden sollen. Das wäre **sehr bedauerlich**, denn diese Räte haben sich vorzüglich bewährt. Sie sind nicht nur für die Durchführung einer praktischen Sozialisierung, sondern auch unabhängig davon, für jede moderne Verwaltung notwendig. Sie sind das Bindeglied zwischen der Bevölkerung und der Behörde.

Abg. **Hausschild** (S.): Am wenigsten ist der Minister des Innern zu beneiden. Die Verwaltungsreform ist eine Riesenarbeit, die er vor sich sieht und mit gesetzgeberischer Schleuderware darf er uns nicht kommen. Die Magistrate müssen beseitigt werden; solange das nicht geschehen ist, kann unter Anführung der Demokratisierung und des parlamentarischen Systems in den Gemeinden nicht die Rede sein. Das Volk verlangt, daß Männer sienes Vertrauens an die Spitze kommen. Den Belagerungszustand soll die Regierung nur im äußersten Notfall anwenden, aber entbehren kann sie ihn nicht, das haben auch einsichtige Unabhängige zugegeben. (Hört, hört!)

Abg. **Schmedding** (Z.): Die Vorlage für die **Erweiterung der Rechte der Provinzen** ist in ihren Grundlagen zu begrüßen. Es müsse aber auch das **Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden noch weiter ausgebaut** werden. Berechtigt ist der Wunsch der unmittelbaren Wahl der Bürgermeister durch die Gemeinden. Die Frage **Großberlin** muß baldmöglichst gelöst werden, damit die Beunruhigung in den Vororten aufhört. Es wäre ungerecht, alle Rechte an Berlin zu vergeben. **Das reiche Eigenleben der Einzelgemeinden** muß erhalten bleiben. Darum soll man das Recht der Distriktsämter möglichst ausgestalten. Der Minister des Innern hat bezüglich der Eignung der einzelnen Persönlichkeiten für Beamtenposten Grundsätze entwickelt, denen wir durchaus beistimmen. Wir bedauern, daß nicht schon die frühere Regierung sich von so vernünftigen Gedanken leiten ließ. Wir haben das Vertrauen zur Regierung, daß sie sich auch künftig von dieser **parteitätischen** Auffassung leiten lassen wird. Ein Anlaß für die Aufrechterhaltung der A.- und S.-Räte ist nicht mehr vorhanden.

Unterstaatssekretär **Freund:** Natürlich legt die Regierung den größten Wert darauf, daß **keine Abspitterungen von Preußen erfolgen. Eine besondere Ratifikation** des Friedensvertrages durch Preußen wird **nicht** stattfinden. Den Arbeiterräten fehlt infolge ihres einseitigen Aufbaues die Uebersicht über das Ganze. Es wird noch zu erwägen sein, inwieweit sie sich in die neue Verwaltung einfügen lassen.

Mittwoch Fortsetzung.

Die Neuordnung im Reich.

Das Schulkompromiß.

Das zwischen Zentrum und Sozialdemokratie am Montagabend abgeschlossene Schulkompromiß betrifft im wesentlichen die **drei besonders strittigen Punkte:** die **konfessionelle Schule,** den **Religionsunterricht** und die **Privatschule.** Wie bei allen Kulturfragen der Verfassung ist eine befriedigende Lösung nur möglich auf dem Boden der vollen Freiheit durch die Gewährung des gleichen Rechtes für alle stärkeren Strömungen im deutschen Geistesleben. Dadurch ist Klarheit und Bestimmtheit in gewisse, bisher unklare und auch für die Religion ungünstigen Sätze gekommen. **Bezüglich der konfessionellen Schule ist der wichtige Grundsatz des alten Rechtes in die Verfassung aufgenommen worden, und zwar in seiner Anwendung auf die einzelnen Gemeinden. Hier werden die Erziehungsberechtigten nach dem Verhältnis der Stärke entscheiden können, ob und wieviel konfessionelle, paritätische oder bekenntnisfreie (weltliche) Schulen bestehen sollen,** soweit solches mit dem geordneten Schulbetrieb vereinbar ist. **In Gemeinden, wo die Erziehungsberechtigten keine Aenderung des Schulwesens wünschen, bleibt die bisherige Ordnung bestehen.** Ueberdies, wird der jetzige Besitzstand auch dadurch gegen umstürzlerische Neuerungen geschützt, daß erst ein Reichsgesetz abzuwarten ist, dessen Gestaltung an den jetzigen Grundsatz gebunden bleibt.

Der konfessionelle Religionsunterricht ist als ordentliches Lehrfach der Schule, der Volks- und höheren Schule, festgehalten worden. Wie aber die Dissidenten das Recht haben sollen, ihre Kinder vom konfessionellen Religionsunterricht fernzuhalten, ja bei großer Kinderzahl eine weltliche Schule zu gründen, so erhalten durch die neue Verfassung auch die **christlichen Eltern das Recht, ihre Kinder aus einem öffentlichen Schulunterricht in Moral und Religionsgeschichte zurückzuhalten.** Eine erhebliche Besserung ist für die **Privatschulen erreicht. Die Privatschulen kleiner konfessioneller Minderheiten, die Volksschule der Diaspora ist bestimmt gesichert,** wenn die Gemeinde sich weigert, eine öffentliche Schule für sie zu errichten. Auch die höheren Privatschulen werden besser gestellt gegenüber behördlicher Willkür. Ihre Genehmigung ist nunmehr abhängig von bestimmten wissenschaftlichen und sozialen Anforderungen. Die beiden sozialen Gedanken, die dem Artikel neu beigefügt worden sind, werden nirgendwo erhebliche Bedenken erregen. Das schwerwiegende Bedenken aber, ob nicht die von den Sozialdemokraten verlangten drei Schularten der Jugend weiter Volkskreise verhängnisvoll werden, kann und muß dadurch behoben werden, daß es **das Gewissen der christlichen Eltern verschärft, das Gefühl der religiösen Verantwortung überall neu belebt** und die verschiedenen Organisationen, die wir auf dem Schul- und Bildungsgebiete haben, zielbewußt aufgebaut werden.

Hie Monopol.

bb. **Berlin**, 16. Juli. Der Nachfolger Wissels im Reichswirtschaftsministerium, Robert **Schmidt,** hat an dem Kampf seines Vorgängers um die Planwirtschaft in vorderster Reihe teilgenommen. Die von Konrad Hänisch geleitete „Glocke" teilt Auszüge aus einer Gegenschrift mit, die Schmidt in Beantwortung der Wisselschen Denkschrift vor längerer Zeit dem Kabinett überreicht hatte. Schmidt weist Wissels Kritik an den Leistungen des Koalitionskabinetts zurück. Die bisherigen Gesetzgebungsarbeiten des Reichswirtschaftsamtes hätten die Arbeiterschaft weder befriedigt noch beruhigt. Es müßte ein **Petroleummonopol** in Angriff genommen werden. Nicht minder wichtig sei die Herbeiführung eines Getreidemonopols und sehr wichtig scheine die Inangriffnahme des Tabakmonopols.

Zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt wurde nach der Zentrums-Parlamentskorrespondenz anstelle Moellendorffs der frühere Vortragende Rat im Reichsamt Wietfeld, der in den letzten Monaten eine führende Stelle bei der Firma Krupp bekleidete, in Aussicht genommen.

Die französischen Frechheiten in Berlin.

Weimar, 15. Juli. Der Abg. Dr. Mittelmann von der Deutschen Volkspartei hat in der Nationalversammlung folgende kurze Anfrage eingebracht: In der Nacht vom 9. zum 10. Juli haben französische Soldaten auf offener Straße die Menge durch verächtliches Gelächter ungeheuer gereizt und laut gerufen: „Wir sind die Sieger, Ihr seid Schweine!" Der Bericht sagt, daß die Franzosen, nachdem sie in berechtigter Abwehr erfreulicherweise sofort von den Umstehenden handgreiflich zur Rechenschaft gezogen sind, „zu ihrer eigenen Sicherheit in Schutzhaft genommen" wurden. Ich frage an: 1. Was ist in diesem Falle unter „Schutzhaft zur eigenen Sicherheit" zu verstehen? 2. Beabsichtigt die Regierung, die Bestrafungen für diese freche Beschimpfung des deutschen Volkes zu übernehmen? 3. Welche Vorsichtsmaßregeln beabsichtigt die deutsche Reichsregierung zu treffen, um eine Wiederholung derartiger Unverschämtheiten in Zukunft zu verhindern?

Zum Friedensschluß.

Gegen den Frieden.

WTB. **Versailles**, 15. Juli. Der Nationalrat der sozialistischen Partei beendete gestern abend die Debatte über den Friedensvertrag. Albert Thomas behauptete, daß Deutschland nicht sofort in den Völkerbund aufgenommen werden dürfe. Der Nationalrat beschloß alsdann, zuerst im allgemeinen abzustimmen, und sich schließlich auf eine Tagesordnung festzulegen. Es stimmten 1420 gegen den Friedensvertrag, 54 für denselben, 114 enthielten sich der Stimmabgabe und 387 weigerten sich abzustimmen. Alsdann wurde eine Tagesordnung Daniel Renaudel angenommen, die erklärt, die von den Allierten begangenen Anschläge auf die Selbständigkeit bedeutender Völkerschaften müßten an den Pranger gestellt werden. Es sei zu bedauern, daß Elsaß-Lothringen inmitten dieser Verbrechen an Frankreich zurückgekehrt sei. Wie im Jahre 1871 Liebknecht und Bebel gegen die **Annexion Elsaß-Lothringens** protestiert hätten, müßte heute die sozialistische Partei gegen das Schicksal, das der Bevölkerung des Saarreviers bereitet werde, protestieren und **über das gesamte Friedensinstrument die schärfste Verurteilung aussprechen.** Die französische Republik hätte der deutschen Republik einen ehrenvollen und gerechten Frieden geschuldet, sie hätte ihn ihr nicht gegeben. Aus allen diesen Gründen erteilt die sozialdemokratische Partei ihren Erwählten den formellen Auftrag, gegen die Ratifikation zu stimmen. Der Vertrag müsse nicht eine Teilrevision, sondern eine vollständige Umgestaltung erfahren. Allein die sozialistischen Parteien können den Völkerfrieden herstellen und seien deshalb einig mit den russischen und ungarischen Revolutionären, deren Sieg über die „Horden" der Entente man begrüßen und einig mit der durch ihre Aktion verstärkten Internationale werde die Partei den revolutionären Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft aufnehmen. Diese Tagesordnung wurde mit 960 Stimmen angenommen. Eine Tagesordnung Renaudel, die auf Enthaltung hinausging, erlangte nur 437 Stimmen. Die Tagesordnung Renaudel mit einem Zusatz der verlangt, daß gegen den Vertrag gestimmt werden soll, erhielt 369 Stimmen. Albert Thomas erklärte, daß er sich das Recht vorbehalte, für den Vertrag zu stimmen, falls er im Augenblick der Abstimmung dies für sozialistische und nationale Pflicht halte. Nach einer Pause begann eine Nachsitzung. Zu Beginn derselben erklärte sich der Nationalrat solidarisch mit den Gewerkschaftlern, die einen Demonstrationsstreik für den 21. Juli organisieren.

WTB. **Bern**, 15. Juli. Aus den Beratungen des Nationalrates der französischen sozialistischen Partei sind die **Ausführungen Grumbachs** besonders bemerkenswert, der namens des Sozialistenverbandes Oberelsaß gegen den Friedensvertrag, der in Widerspruch mit den 14 Punkten Wilsons stehe, Verwahrung einlegte. Grumbach wies darauf hin, daß der Friedensvertrag in geheimen Beratungen ausgearbeitet sei und betonte, daß die im Februar 1919 von der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern aufgestellten Grundsätze über den Völkerbund und die Notwendigkeit allgemeiner Abrüstung nicht in dem Versailler Vertrag aufgenommen worden seien. Grumbach fügte hinzu, ein großer Teil der Bevölkerung des Elsaß werde durch die Gewalttaten der französischen Militärbehörden schwer enttäuscht. Wenn die französische Regierung nicht bald die Notwendigkeit einsehe, daß mit der deutschen Verwaltung aufgehört werden müsse, dann werde ein nicht wieder gutzumachendes Unglück geschehen. Im Namen der niederelsässischen Sozialisten schloß sich Jacques Dreyfus den Erklärungen Grumbachs an.

Die Lebensmittelversorgung Europas.

WTB. **Amsterdam**, 15. Juli. Manchester Guardian schreibt, die britische Regierung hoffe, daß eine Art von **Weltkooperation** eingeleitet werden wird, um die **Lebensmittelversorgung Europas sicherzustellen.** Sie sieht vor, den Obersten Wirtschaftsrat bestehen zu lassen, er soll seinen Sitz in Washington haben. Nicht nur den Neutralen soll es gestattet werden, dieser Organisation beizutreten, sondern auch Deutschland und die übrigen früher feindlichen Staaten sollen binnen kurzem zum Beitritt aufgefordert werden. Damit würde der Oberste Wirtschaftsrat auf gleichen Fuß mit dem Völkerbund gebracht werden. Man rechnet zugleich damit, daß er sich vielleicht zu einer Abteilung des Völkerbundes entwickeln würde. Amerika hat dem Plan noch nicht zugestimmt und soll auch nicht dazu geneigt sein. Die Amerikaner wollen nicht länger als nötig irgend welche Verantwortung in Europa übernehmen oder Europa Einfluß auf ihre eigenen Angelegenheiten gestatten.

Holland und das Ende der Blockade.

Haag, 15. Juli. Korrespondenzbureau. Mit Bezug auf die Bereiterklärung der niederländischen Regierung, die mit den interessierten Mächten abgeschlossenen **allgemeinen wirtschaftlichen Vereinbarungen** aufzuheben, hat der Minister des Aeußern die Mitteilung erhalten, daß diese Vereinbarungen mit dem 12. Juli abgelaufen sind. Desgleichen sind auch die landwirtschaftlichen Vereinbarungen abgelaufen, die zwischen der Niederländischen Ausfuhrgesellschaft und der Britischen Algemeen Handelsgesellschaft eingegangen worden sind, sowie auch die Fischereiübereinkommen, die die Niederländische Ausfuhrgesellschaft mit den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Italiens getroffen hat, und die Abmachungen, die der Niederländische Ueberseetrust mit den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und dem Kriegshandelsamt der Vereinigten Staaten abgeschlossen hatte.

Gegen den Kindermord.

WTB. **Amsterdam**, 15. 7. Wie das Pressebüro Radio aus Newyork mitteilt, wurde die Bildung einer Organisation zwecks **Ernährung der Kinder in Europa** bekanntgegeben, die das von der amerikanischen Hilfsorganisation begonnene Werk in Europa fortsetzt.

Luftverkehr.

WTB. **Amsterdam**, 15. Juli. Laut Telegraaf ist in Buenos Aires hauptsächlich mit englischen Kapital eine Luftverkehr-Gesellschaft eingerichtet worden, die einen regelmäßigen Luftdienst zwischen Buenos Aires und Montevideo herstellen will.

Der Kaiser erkrankt.

WTB. **Amsterdam**, 15. Juli. Wie aus Amerongen mitgeteilt wird, ist der ehemalige deutsche Kaiser krank. Auch die Kaiserin ist unpäßlich. Dr. Forster wurde Montag spät abends aufs Schloß gerufen und blieb die Nacht über dort.

Streik und Bolschewismus.

Der Landarbeiterstreik im Osten.

bb. **Berlin**, 16. Juli. Die Vertrauensmänner der Stettiner Gewerkschaften haben, wie verschiedene Blätter berichten, gestern abend beschlossen, heute früh in den Generalstreik einzutreten, um den Kommandierenden General zu zwingen, den Belagerungszustand wieder aufzuheben und auch das Streikverbot gegen die Landarbeiter zu beseitigen. In einer Versammlung der Magistratshilfsarbeiter wurden von diesem Beschluß Mitteilung gemacht und die Versammlung aufgefordert, zum Beschluß geschlossen nachzukommen.

Wie aus Greifswald berichtet wird, fanden in den letzten Tagen in Vorpommern zwischen dem Landbund und dem Landarbeiterverband Verhandlungen statt, die zwar abgebrochen wurden, in den nächsten Tagen aber wieder aufgenommen werden sollen. Auf etwa 20 bis 30 Gütern des Kreises Franzburg brach der Streik aus. Mehrfach kam es vor, daß von den Streikenden Terror ausgeübt wurde. Die Arbeiter, wurden bedroht, ein Gutsbesitzer vom Pferde geworfen und mißhandelt. In Stralsund ruht im Zusammenhange mit dem Landarbeiterausstand seit gestern jede Arbeit.

Wie dem Vorwärts berichtet wird, fordert die Arbeiterschaft in Stralsund die Absetzung des Regierungspräsidenten, die Suspendierung aller schuldigen Landräte, die zur Rechenschaft gezogen werden sollen, die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Zurückziehung allen fremden Militärs. Die Ursachen zur Verhängung des Belagerungszustandes waren, wie es im Vorwärts heißt, übertriebene Meldungen des Landrats von Franzburg. Es ist unrichtig, sagt das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, die **Streikgefahr in der Landwirtschaft** nur unter dem Gesichtswinkel der politischen Hetze zu betrachten. Die Landarbeiterschaft befindet sich tatsächlich in wirtschaftlichen Verhältnissen, die eher alles andere als rosig sind und die dringend einer Verbesserung bedürfen.

Der Streik in Ostpreußen erloschen.

WTB. **Berlin**, 15. Juli. Aus Moorungen in Ostpreußen erfahren wir: **Der Streik ist erloschen.** Er hat etwa 8 Tage gedauert und erstreckte sich auf 70 Ortschaften. Die Arbeiter waren größtenteils arbeitswillig und wurden nur durch wenige Aufwiegler terrorisiert. Nachdem Ende voriger Woche Militär eingetroffen ist und den Schutz der Arbeitswilligen übernommen hat, ist der Streik bis auf 6 bis 7 Ortschaften mit einem Areal von zirka 24 000 Morgen erloschen. Die Forderungen waren in den verschiedenen Ortschaften ganz verschiedener Natur. Z. B. wurde in einzelnen der Streik damit motiviert, daß zu viel Aufsichtsbeamte vorhanden seien. Es wurde eine Teuerungszulage gefordert während der Ernte. Ueber diese Forderung wird zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitsnehmerorganisationen in Königsberg noch verhandelt. Von Ort zu Ort zogen Trupps, die die Arbeiter in den verschiedenen Orten zwangen, die Arbeit niederzulegen und in den Streik zu treten. Es ist in einzelnen Fällen auch zu Ausschreitungen gekommen, in dem diejenigen, die sich dem Streik nicht anschließen wollten, verprügelt worden sind. In einzelne Gutshöfe wurde eingedrungen und dabei Vorräte entwendet.

Die italienischen Polizisten und der Streik.

bb. **Berlin**, 16. Juli. Laut „Berliner Tageblatt" beabsichtigen einer Europa-Preßmeldung zufolge die **Polizisten** in Mailand, Rom, Genua, Neapel und Turin, im Anschluß an den **Generalstreik** vom 21. Juli in den Streik zu treten, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Der Bolschewismus.

WTB. **Amsterdam**, 15. Juli. Einer Reutermeldung aus Helsingfors zufolge berichtet ein russisches Blatt, daß die Bolschewisten **Perm und Kunbur** genommen haben.

WTB. **Amsterdam**, 15. Juli. Wie das Pressebüro Radio meldet, veröffentlichte das russische Informationsbüro in Newyork eine Mitteilung, über die **Verstaatlichung der Industrie** durch die Bolschewisten, darin wird hervorgehoben, daß beinahe die gesamte Industrie lahmgelegt ist, weil die Mittel für die Bezahlung der Arbeiter fehlen.

Ein Entente-Ultimatum an die ungarische Räteregierung.

bb. **Berlin**, 14. Juli. Der „Deutschen Tageszeitung" wird aus Wien gemeldet: Das Regierungsorg „L'Indepondence Romaine" teilt mit: General Franchet-d'Esperey richtete an den Oberkommandierenden der tschechoslowakischen Truppen, General Pelle, ein Telegramm, in dem dieser angewiesen wird, **keine weiteren Verhandlungen mit der ungarischen Räterepublik zu führen und keine ihrer Noten zu beantworten.** Wie ferner verlautet, hat **General Franchet von der Friedenskonferenz die weitestgehenden Vollmachten zum Vorgehen gegen Sowjet-Ungarn erhalten.** Er wird an die Budapester Räteregierung eine letzte Meldung richten mit der Aufforderung, sofort abzudanken und einer vom Volk frei gewählten Regierung Platz zu machen. Diese Note wird kurz befristet sein. Sollte ihr nicht entsprochen werden, so wird **die militärische Aktion sofort aufgenommen werden.**

Das Wiener Pressebureau meldet ferner aus Bukarest: Die Truppen der ungarischen Gegenregierung in Szegedin sind für die bevorstehende Offensive gegen Sowjet-Ungarn in zwei Teile geteilt worden; ein Teil wurde den Rumänen, der zweite den Franzosen zugewiesen.

Nach einer amtlichen **Verlautbarung des französischen Armeeoberkommandos für Ungarn** befinden sich gegenwärtig an der ungarischen Front 70 000 Rumänen, 36 000 französische Kolonialtruppen, 30 000 Tschecho-Slowaken, 12 000 Jugoslawen und 20 000 Ungarn (Truppen der Szegediner Regierung Karolyis). Es werden noch weitere Ententetruppen, voraussichtlich Italiener, nach Ungarn abgesandt werden.

Hollandsch Nieuwsbureau" meldet aus Paris: Der Rat der Fünf hat heute die Frage eines militärischen Angriffes gegen Bela Khun unter einem einheitlichen alliierten Befehl erörtert. General Bliß und die amerikanische Delegation sind diesem Plan abhold. Sie erklären zu glauben, daß sich Amerika nicht mit Truppen beteiligen wird. Der Rat der Fünf hat heute beschlossen, die verschiedenen Regierungen zu befragen und in acht Tagen festzustellen, inwieweit die Regierungen mit dem Vorschlag einer **Kriegserklärung an Bela Khun einverstanden sind.** Die Vertreter Rumäniens, Serbiens und der Tschecho-Slowakei befürworten stark ein sofortiges Auftreten der Alliierten gegen Ungarn.

Erben Willmers-Gorlenko.

Roman von Nina Meyke.

15 Nachdruck verboten.

„Na, Jochen, allzu weit ist's nicht, bis Willmershöh!" nickte der alte Herr, während er sich, auf seinen Stock gestützt, über den Graben schwang. „Wenn man sich müde gelaufen hat, nimmt man mit einem harten Sitz vorlieb, nicht wahr kleiner Springinsfeld? Krieche flink auf den Wagen! Du machst dir, denke ich, keinen Umweg, Alter, am Schloß mußt du so wie so vorüber, wie, Jochen?"

„Schnurgerade, gnä' Herr!" lachte Jochen gutmütig. „Vonwegen das machen Se sich man keene Sorgen nich!"

„Danke, Jochen! — Sage Westermann, er möge der Kleinen vor allen Dingen etwas zu essen geben, ich komme bald nach!"

„Soll bestellt werden! — Adjes, gnä' Herr!" Ein lustiger Peitschenknall und mit gespitzten Ohren setzten sich die Braunen in Trab. Auf seinen Stock gestützt sah Willmers dem in eine Staubwolke gehüllten Wagen nach.

Jetzt, wo die Kleine nicht mehr neben ihm ging, wo der Schatten ihrer zarten, schmächtigen Gestalt mit dem seinen nicht mehr zusammenfloß, schien es ihm, als wäre das Erlebte nichts als ein wirrer Traum gewesen, aus dem er glücklich erwacht war. Aber ob Traum oder Wahrheit, dieses sonderbare Begegnen auf der Landstraße hatte die Vergangenheit wieder neu belebt. —

Wie von einem geheimen Magnet angezogen irrten seine Gedanken zehn Jahre zurück, und ob er sie zwingen wollte, nicht in jenes Grab hinabzublicken, in dem die Vergangenheit begraben lag, sein eiserner Wille erwies sich machtlos. Aufgescheuchten Vögeln gleich flatterten sie einem Ziele entgegen, — jenem Tage, der alle seine stolzen Hoffnungen wie ein Kartenhaus über den Haufen warf. — Er saß wieder wie damals am Kamin, hörte die unsinnigen Reden eines heißblütigen Jünglings, fühlte zum ersten Male, daß auch seine Macht eine Grenze hatte und — sah seinen Sohn gehen.— Und dann kam jene furchtbare Nacht, die sein einziges Kind, den Erben seines Namens zum Diebe stempelte, jene Nacht, die ihn selbst zum lebensmüden Greise machte. Er nahm seinen Abschied, denn mit seinem entehrten Namen in frühere Kreise zurückzukehren, schien ihm unmöglich. — Von Roderich hörte er nichts weiter, bis er heute das Kind dieses verlorenen Sohnes auf der Landstraße fand. Sie suchte ihn, ihren unbekannten Großvater, und ihrer schmächtigen Gestalt, ihren traurigen Augen sah man es an, wie freudlos ihre Jugend gewesen war, wie mit bleierner Schwere der Druck von Armut und Not auf ihrer jungen Seele gelastet haben mußte. Heißes Mitleid wallte in seinem Herzen auf! Wenn sie ganz verwaist gewesen wäre, mit welcher Freude hätte er sie zu sich genommen! Aber neben ihr stand ihre Mutter, diese Frau, die an allem Unglück schuld war, und wenn er dem Kinde nichts nachtragen wollte, jener konnte er niemals verzeihen. Für das Kind wollte er tun, was zu tun möglich war, wollte für seine Erziehung sorgen und seinen Lebensweg ebnen, im übrigen aber mußten sie sich fremd bleiben.

Schneller schritt er aus und hatte in weniger als einer Viertelstunde das Schloß erreicht. Es lag gerade so weltverloren inmitten seines ungeheuren Parkes wie seit vielen Jahren, Willmers doch schien es, als wäre mit diesem ehrwürdigen Gebäude im Laufe weniger Stunden eine Veränderung vorgegangen. Westermann öffnete ihm die Tür, nahm ihm schweigend wie immer Hut und Mantel ab, und auch in dem hageren, von tausend feinen Falten und Runzeln durchzogenen Gesicht seines treuen Dieners glaubte er einen fremden Zug zu bemerken. Und doch war weiter nichts geschehen, als daß ein kleines, schmalschultriges Mädchen mit großen, kummervollen Augen, die letzte Willmers-Gorlenko, die Schwelle dieses Hauses betreten hatte.

„Hast du meine — Sendung erhalten, Westermann?"

„Zu Befehl, Exzellenz!" rapportierte der Gefragte in dienstlicher Haltung. „Fuhrmann Jochen lieferte ein „lebendiges Paket", wie er sich ausdrückte, im Schlosse ab, ein kleines Mädchen von neun oder zehn Jahren."

„Stimmt, Westermann!" nickte Willmers. „Ich beauftragte Jochen außerdem dir zu sagen, du mögest dem Kinde sofort etwas zu essen geben, hat er das auch richtig bestellt?"

„Zu Befehl, Exzellenz, Wort für Wort, aber das kleine Fräulein hat von dem, was ich ihr vorsetzte, nichts angerührt. Um sie mit meiner Gegenwart nicht zu genieren, ging ich in das Nebenzimmer, und als ich nach einiger Zeit wieder eintrat, fand ich sie richtig neben ihrem Teller eingeschlafen!"

„Eingeschlafen! Armes Kind! Die Müdigkeit war also größer als der Hunger!" murmelte Willmers gerührt. „Hast du sie auch bequem gebettet, Westermann?"

„Halten zu Gnaden, Exzellenz, nein! Ich ließ die Kleine, wo sie war, weil ich sie aufzuwecken fürchtete."

„Das hast du nicht gut gemacht, Westermann! Das Kind soll ganz ausruhen. Wo ist sie?" sagte Willmers unzufrieden und schritt dem ihm folgenden Diener schnell in das obere Stockwerk voraus.

Er fand die Kleine genau so, wie Westermann ihm beschrieben hatte: den Kopf auf den Arm gelegt, schlief sie fest neben ihrem Teller. Lange betrachtete Willmers die kleine Schläferin, dann hob er sie sanft empor, bettete ihr Köpfchen an seine Brust und trug sie vorsichtig in das nebenliegende Kabinett.

„Ein Kissen, eine Decke!" befahl er dem Diener mit flüsternder Stimme, doch als das Geforderte auf dem steifflehnigen, altmodischen Sofa bereit lag, zögerte er noch immer, seine kostbare Last aus den Armen zu lassen.

Verträumt schlug Tatjana die Augen auf, mit schlaftrunkenen Lippen murmelte sie etwas Unverständliches, drückte den Kopf tief aufseufzend in das Kissen und schlief weiter.

Tief über das improvisierte Lager der Kleinen gebeugt stand Willmers lange, ohne sich zu bewegen.

Als er sich umwandte, stand Westermann noch immer neben ihm und blickte, wie er, auf das schlafende Kindergesicht.

„Weißt du, wer das ist, Alter?" fragte er seinen Diener, an den er sich im Laufe dieser schweren, einsamen Jahre noch enger geschlossen hatte. „Weißt du wen ich heute auf der Landstraße fand und mit nach Hause brachte?"

Die Falten und Fältchen in Westermanns runzeligem Gesicht gerieten in zuckende, hüpfende Bewegung, seine buschigen Brauen falteten und glätteten sich abwechselnd, um etwas antworten zu können.

Fortsetzung folgt.

Münsterländer!
Haltet u. leset die Zeitschrift
Münsterland!

Verstärkter Mieterschutz.

Wenn auch erfreulicherweise in vielen Städten und Gemeinden mit allen Kräften an der Schaffung neuer Wohnungen gearbeitet wird, so läßt sich dadurch doch in absehbarer Zeit ein angemessenes Verhältnis zwischen Wohnungsbedarf und Wohnungsangebot nicht herstellen. Denn die Zahl der neuen Wohnungen kann angesichts der Tatsache, daß das Bauen drei- bis viermal teurer ist als in der Vorkriegszeit, sich immer nur in sehr bescheidenen Grenzen halten. Es sind darum gesetzliche Vorschriften nötig, die auf Schutz der Interessen des Mieters als des schwächern Teiles abzielen. Dabei wird nicht verkannt, daß bei solchen Schutzmaßnahmen, wie bei jeder Zwangsregelung, Härten für die Vermieter vorkommen, aber es gilt hier, von zwei Uebeln das schlimmste zu beseitigen. Der Mieterschutz bewegt sich nach zwei Richtungen: einmal schränkt er das **Kündigungsrecht** der Vermieter ein, und zum andern schafft er die Möglichkeit, **übermäßigen Mietsteigerungen** mit Erfolg entgegenzutreten. Schon die Verordnung des Bundesrats vom 23. Sept. 1918 berechtigt einen Mieter, dem Wohnung, Werkstatt, Laden oder dgl. **gekündigt** wurde, oder dem der Vermieter die **Verlängerung** eines ablaufenden Mietverhältnisses überhaupt oder zu annehmbaren Bedingungen weigert, das **Mieteinigungsamt** (wo ein solches nicht besteht: das Amtsgericht) anzurufen. Der Anruf muß aber ohne Verzögerung geschehen, damit alsbald Klarheit kommt.

Das Mieteinigungsamt (oder das Amtsgericht) hat nicht bloß die Aufgabe, eine Verständigung zwischen Vermieter und Mieter anzubahnen, sondern es kann **selbständig und endgültig** das Mietverhältnis bis zur Dauer eines Jahres verlängern. Auch kann es neue Bedingungen feststellen, z. B. hinsichtlich des Mietpreises oder der Größe der Wohnung. Hat der Vermieter die gekündigten Räumlichkeiten bereits anderweitig vermietet, so kann das Einigungsamt (Amtsgericht) auf Antrag des Vermieters diesen Vertrag aufheben, wenn vor dem Einigungsamt (Amtsgericht) die Fortsetzung des alten Vertragsverhältnisses durch Vergleich oder Entscheidung festgestellt worden ist. Da der Wohnungsnot am besten dadurch entgegengewirkt wird, daß Hausbesitzer und Mieter ihren Bedarf an Zimmern einschränken, etwa „Salon" oder „Fremdenzimmer" drangeben und so neue Wohnungen schaffen, hilft nach dieser Richtung die Verordnung vom 23. 9. 18 insofern, als das Mieteinigungsamt die sonst nötige Erlaubnis des Vermieters zur **Untervermietung** aussprechen kann.

Eine gute Waffe gegen **unbillige Kündigungen und Mietsteigerungen** kann nach § 6 der Verordnung vom 23. 9. 18 die Staatsregierung zur Anwendung bringen, wenn in einer Gemeinde sich eine besonders starke Wohnungsnot bemerkbar macht. Sie darf nämlich bestimmen, daß Mietverträge nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamtes (oder einer andern, zu bestimmenden Stelle) gekündigt werden können, und daß ablaufende Mietverträge von selbst als auf unbestimmte Zeit verlängert gelten, wenn der Vermieter nicht die Zustimmung zum Ablauf einholt. Eine derartige Anordnung wird in der Regel erst auf Antrag der Gemeindebehörde getroffen, jedoch ist es auch möglich, daß eine Anregung aus Bürgerkreisen die Regierung zum Einschreiten veranlaßt. Durch eine neue, jetzt von dem Ausschuß der Nationalversammlung verabschiedete Verordnung hat der Mieterschutz eine Erweiterung erfahren. So können nunmehr die Anordnungen gemäß § 6 nicht nur (wie bisher) auf Wohnräume, sondern auch auf Läden und Werkstätten erstreckt werden. Insbesondere hat § 5 der alten Verordnung eine weitgehende Neugestaltung erfahren, um **übermäßigen Mietsteigerungen** entgegentreten zu können. Eine den gestiegenen **Selbstkosten** entsprechende Erhöhung der Miete wird man als Mieter ja in den Kauf nehmen müssen. Aber unrecht ist es, wenn einzelne Vermieter den jetzigen Notstand zu weit darüber hinausgehenden Steigerungen auszunutzen trachten. Da nicht überall die Wohnungsnot gleich groß ist, treten auch die Mißstände nicht allerorts in einer Stärke auf, die allgemeine Schutzmaßnahmen notwendig macht. Die Verordnung bestellt hier die **Gemeindebehörde** zur Hüterin der Mieterinteressen und setzt voraus, daß diese bereits die Einrichtung eines **Mieteinigungsamtes** herbeigeführt hat. Macht sich aber trotz der Hilfe des Mieteinigungsamtes ein **besonders starker Mangel** an Mieträumen geltend, so kann die Gemeinde an die Landeszentralbehörde (Staatsregierung) herantreten und sich besondere Vollmachten erteilen lassen, um wucherischen Auswüchsen entgegentreten zu können. Auch kann die Staatsregierung (etwa auf Antrag aus Bürgerkreisen hin) die Gemeindebehörde von Amts wegen mit den entsprechenden Befugnissen ausrüsten und sie zu deren Anwendung verpflichten. Insbesondere wird in solchen Fällen die Gemeindebehörde Anzeigepflicht über jeden (mündlich oder schriftlich) abgeschlossenen Mietvertrag einführen und verlangen müssen, daß alle zur Nachprüfung des Vertrages erforderlichen Angaben gemacht werden. An die Anzeige knüpft der neue § 5 im 2. Absatz die Rechtsfolge:

„Uebersteigt der vereinbarte Mietzins den Betrag, der für Wohnräume, Läden oder Werkstätten der gemieteten Art und Ausstattung unter Berücksichtigung der Nebenleistungen des Vermieters üblich und angemessen ist, so kann sowohl die Gemeindebehörde innerhalb einer Woche nach Eingang der Anzeige, als auch der Mieter bis zum Ablauf von 14 Tagen bei dem Einigungsamte beantragen, daß der Mietzins auf die angemessene Höhe herabgesetzt wird. Etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten als Teil des Mietzins, ebenso eine für den Nachweis der Mieträume gezahlte Belohnung, insoweit sie dem Vermieter unmittelbar oder mittelbar zufließt."

Damit die Anzeigepflicht vom Vermieter auch pünktlich erfüllt wird, ordnet Absatz 3 des § 5 an, daß aus Mietverträgen, die nicht angezeigt sind, keinerlei Rechtsansprüche geltend gemacht werden können.

Zwangsmaßnahmen der vorgeschilderten Art sind ja für Mieter und Vermieter gleich unerfreulich. Aber die Lage des Wohnungsmarktes läßt den maßgebenden Stellen keine Wahl: sie müssen regelnd eingreifen, um einen größern Notstand mit all seinen schlimmen Begleiterscheinungen zu verhüten.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 17. Juli 1919.

p. **Viehmarkt.** Aufgetrieben waren 170 Ferkel. Die Preise pro Alterswoche betrugen 50 bis 60 ℳ. Verkauft wurden 50 Ferkel. Die Kauflust war sehr gering. Ferner war noch ein Fohlen aufgetrieben, welches für 2100 ℳ feilgeboten wurde. Der nächste Viehmarkt findet am 13. August statt.

p. **Krammarkt.** Der Krammarkt war sehr gut beschickt. Es waren ca. 35 Stände aufgebaut. Der Markt war trotz des ungünstigen Wetters ziemlich lebhaft, auch war die Kauflust sehr rege. Der nächste Kram- und Viehmarkt findet am 10. September statt.

p. **Wochenmarktbericht.** Folgende Preise wurden bei dem am 16. d. M. abgehaltenen Grünmarkt gefordert: Salat pro Kopf 15 ₰, größere Köpfe 20 ₰, Wurzeln kosteten das Bund 30 ₰, Kirschen das Pfd. 1,50 ℳ, Weißkohl pro Pfd. 60 ₰, Erbsen kosteten 70, bezw. 80 ₰, Wirsing kostete pro Pfd. 60 ₰, Kohlrabi pro Stück 40 ₰. Ferner wurden noch Blumen, wie Nelkenpflanzen für 30 ₰, Fuchsien zu 1,20 ℳ, Geranien zu 1,20 ℳ usw feilgeboten.

p. **Wiedergefunden** wurde in einem Roggenfelde vom Besitzer des Grundstückes ein Fahrrad, Marke Adler, welches vor einigen Tagen als entwendet angemeldet wurde. Zwei Personen, die gerade des Weges kamen, besaßen dabei die Frechheit, sich dem Finder des Rades als die Eigentümer desselben auszugeben. Auf die Weisung, mit zur Polizei zu kommen, zogen es die Betreffenden aber vor, ihren Weg weiter fortzusetzen.

p. **Taschendiebstahl.** Einer Frau wurde bei der Besorgung von Einkäufen auf dem Krammarkt ihr Portemonnaie mit 16 Mark Inhalt sowie einigen Lebensmittelmarken aus der Handtasche entwendet. — Eine andere, der ihr Portemonnaie entfallen war, hatte das Glück, es durch eine ehrliche Finderin wieder zurückzuerhalten.

p. **Diebstahl.** Einer Frau wurde in der Nacht vom 14. zum 15. d. M. von ihrem Ackerlande ca. 200 Pfund Kartoffeln gestohlen. — Einer in der Osterstraße wohnenden Frau eines Gewerbetreibenden wurde ein Militärbekleidungsstück aus der Wohnung gestohlen. Es gelang, dem Dieb die Beute wieder abzunehmen und die Sache zur Anzeige zu bringen. — In der Nähe der Rennbahn wurden einer armen Frau von ihrem Ackerlande sämtliche Frühkartoffeln gestohlen, wodurch ein Schaden von etwa 200 Mark entstand.

r. **Die Rentenzahlung** erfolgt zur Beschleunigung der Abfertigung vom 1. August ab in der Weise, daß die am 1. jeden Monats fälligen **Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten nur vormittags** und die **Unfallrenten nur nachmittags** gezahlt werden. Beginn der Zahlungen vormittags 8 Uhr, nachmittags 3 Uhr. Weitere Bekanntmachung durch die Zeitung erfolgt noch.

o. **Ein Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot** bietet die neue Ambi-Massiv-Bauweise der Firma Ambi — Arthur Müller, Bauten- und Industriewerke in Berlin-Johannisthal, die es ermöglicht, trotz des herrschenden Mangels an Ziegeln und der bestehenden Transportschwierigkeiten solide Bauten sofort in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Auf das der heutigen Ausgabe beigelegte Flugblatt, das diese Bauweise behandelt, weisen wir besonders hin.

t. **Bevorstehende Aufhebung der Bezugsscheine.** Aus Berlin wird mitgeteilt: Im Kabinett ist beschlossen worden, die im Besitz des Reichs befindlichen **Textilrohstoffe und Fertigfabrikate** schleunigst auszuschütten und die Waren teils dem freien Handel zuzuführen, teils die notleidende Bevölkerung damit zu versorgen. Ein Reichszuschuß für die bürgerliche Bevölkerung kommt, wie gegenüber unrichtigen Pressemeldungen festzustellen ist, bei der gespannten Reichsfinanzlage **nicht in Frage.** Dagegen wird das Reich die Reichs-Textil-A.-G. anweisen, für 300 Millionen Mark preiswerter Textilien für rückkehrende Krieger, Minderbemittelte usw. neu zu beschaffen. Dieser Betrag reicht für eine durchgehende allgemeine Versorgung nicht aus; es wird aber damit gerechnet, daß die Bevölkerung sich noch anderweit eindecken kann. Die Reichs-Textil-A.-G. soll in Kürze liquidiert werden, während die Reichsbekleidungsstelle nach der in den nächsten Tagen bevorstehenden Aufhebung des Bezugsscheins ihre Tätigkeit auf die Textil-Notstandsversorgung beschränkt.

:: **Borken**, 16. Juli. **Marktbericht.** Auftrieb 532 Fohlen und Pferde, 307 alte und junge Schweine. Preise: Fohlen 2000—3500 ℳ, Pferde 3000 bis 7000 Mark, Schweine (Ferkel) pro Woche 15—18 ℳ, Faselschweine 25—33 ℳ. Handel: Auf dem Schweinemarkt war der Handel schleppend. Die Preise für Pferde waren im allgemeinen bedeutend gesunken gegenüber dem Vormarkt. Nächster Markt 26. August, Vieh- und Krammarkt.

Neueste Telegramme.

Die polnischen Grenzen.

TU. Oppeln, 16. Juli. (Drhtb.) Der Pariser Korrespondent des Warschauer Kurier meldet über den Stand der Verhandlungen über die Süd- und Ostgrenze Polens: Ost Galizien mit dem Petroleumgebiet wird Polen zuerkannt unter Vorbehalt der Autonomie für die ostgalizischen Kreise. Im Süden werden Polen und die Ukraine gemeinsame Grenzen haben. Wilna und Grodno werden polnisch. Hinsichtlich Lemberg ist es unbekannt, ob es polnisch wird oder zum autonomen galizischen Polen kommt. Die ungarischen Gebiete Arwa und Lentschau werden polnisch.

Eine verbrecherische Tat.

TU. Berlin, 16. Juli. (Drhtb.) Eine große Explosion hat sich heute in Hohen-Schönhausen ereignet. Zwei Schuppen der deutschen Werkhüttengesellschaft in der Freienwalderstraße, in denen Minenzünder, Sprengkapseln und Pulver lagerten, sind infolge eines Brandes **in die Luft geflogen.** Ein dritter Schuppen ist stark gefährdet. Die Wirkung der Explosion war so stark, daß in einem Umkreis von mehreren Kilometern die Fensterscheiben zertrümmert wurden. Die Wache von 6—8 Köpfen wird vermißt. Die Explosion ist anscheinend auf verbrecherische Brandstiftung zurückzuführen.

Verhaftete Spartakisten.

TU. Dortmund, 16. Juli. (Drahtb.) Trotz des Belagerungszustandes hielten die hiesigen Spartakisten gestern Abend in ihrem Vereinslokal in der Kantstraße eine Versammlung ab. Sicherheitsleute und Regierungstruppen sprengten die Versammlung und verhafteten die Anwesenden, 29 Männer und eine Frau. Die Verhafteten wurden geschlossen in das Quartier der Regierungstruppen gebracht, wo sie heute einem Verhör unterzogen werden.

Vermischtes.

Der allgemeine Caritaslehrgang,

der vom 5. August bis 25. September dieses Jahres durch die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. abgehalten wird, wird voraussichtlich gut besucht werden. Der Stundenplan ist nunmehr endgültig für die acht Unterrichtswochen festgestellt. Referenten sind etwa 50 bewährte Fachleute. Der Teilnehmerbetrag beträgt für den gesamten Kursus 20 Mark, für eine Woche 5 Mark. Anmeldungen nimmt das Generalsekretariat des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br., Belfortstraße 20, entgegen; von dort sind auch Prospekte und Stundenpläne unentgeltlich zu beziehen.

Ein Zeitkind!

WTB. Amsterdam, 14. Juli. Laut Telegraaf befand sich an Bord des englischen Dampfers „Lake Ray", der in Hull eingetroffen ist, als blinder Passagier der 11jährige Erich Leisner aus Hamburg. Er erklärte dem englischen Kapitän, daß er wegen der Armut seiner Eltern aus Deutschland auswandern wollte.

Turnen, Sport und Spiel.

w. **Anholt**, 16. Juli. Am Sonntag wurde das Vorspiel (zum Bezirksverbandsspiel) zwischen der 1. Mannschaft der Fußballabteilung St. Georg aus Bocholt und der 1. Mannschaft der Fußballabteilung „Jugendlust" aus Anholt ausgetragen. Das Spiel endete nach hartem Kampfe mit 1:1 Toren. Halbzeit 1:1 Toren.

Am Sonntag, 20. Juli, wird die Militär-Mannschaft Ulft (z. Zt. Grenzschutz Mecheln) gegen die Fußballabteilung „Jugendlust" ein Fußballwettspiel austragen. Das Spiel verspricht einen spannenden Verlauf zu nehmen, da der Gegner über starke Kräfte verfügt. Hoffentlich ist der Tag von gutem Wetter begünstigt. Ball Heil!

Eingesandt.

Die Bocholter Arbeiterschaft, die nachmittags und abends mit dem Zuge von der Arbeit kommt, benutzt nicht den Ausgang vom Bahnhof durch die Unterführung, sondern geht den Bahnsteig entlang durch die Barriere. Dieses war erlaubt, oder vielmehr es wurde nichts darüber gesagt. Nun ist es verboten. Eine Anzahl Arbeiter erhielten Strafmandate. Der Hüter des Gesetzes sitzt im Stellwerk und notiert die Namen. Gewiß, Ordnung muß sein! Es ist jedoch nicht in der Ordnung, wenn Großschleichhändler und Wucherer ungehindert diesen Weg benutzten, um ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Die Großschleichhändler leben vom Blutgeld ihrer Mitmenschen; die auswärts beschäftigte Arbeiterschaft kämpft schwer um ihre Existenz und hat eine 5stündige Fahrt und eine 8stündige Arbeitszeit täglich vor sich. Sie ist mit Wochenkarten versehen und benutzt den Ausgang nur, um einer Verkehrsstörung in der Unterführung, wie sie öfter in die Erscheinung trat, vorzubeugen. Erst wenn das Kind ertrunken ist, deckt man den Brunnen zu. Von der Bahnbehörde kann man verlangen, daß sie der Arbeiterschaft Entgegenkommen zeigt; sie hätte zuerst eine Bekanntmachung erlassen sollen, anstatt mit Strafmandaten aufzuwarten.

Die Ausschüsse. J. A.: Heinr. Leiting.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hohbach, für das Feuilleton H. Temming, für den Reklame- u. Anzeigenteil Fr. Heggen, sämtl. in Bocholt.

Lebensmittel-Versorgung.

Frische Rinderknochen zu 50 Pfg. das Pfd. werden am **Donnerstag abend von 6 Uhr an** bei **Robert Matschke,** Franzstraße, an Inhaber der Lebensmittelkarten **E** gegen Abstempelung des Feldes **32** verausgabt. Für jeden Haushaltungsangehörigen darf höchstens ½ **Pfund** Knochen verabfolgt werden.

In dieser Woche werden
auf die Fleischkarte für Erwachsene 150 Gramm
„ „ „ „ Kinder 75 „
Fleisch ausgegeben.

Beste Wurst gegen **Wurstmarken der 28. und 29. Woche** wird **Samstag morgen von 9 Uhr an** an Inhaber der Lebensmittelkarten **A** gegen Abstempelung des **Feldes 41** verausgabt.

Bocholt, den 16. Juli 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der **Erwerbslosenunterstützung** findet am **Freitag, den 18. Juli** im **Verwaltungsgebäude, Gasthausplatz, Zimmer 1,** statt

Nr. 1—3600 vormittags 8½—9½ Uhr
„ 3601—Schluß nachmittags 3—5 „

Bocholt, den 16. Juli 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Städt. Arbeitsnachweis.

Gasthausplatz, Zimmer Nr. 3.
Fernruf 24.

Es suchen Stellung

Männlich.

2 Klempner,
2 Bäcker,
mehrere Boten,
mehrere Kutscher,
1 Schmiedelehrling,
1 Bäckerlehrling,
mehrere Jungen von 14 bis 18 Jahren.

Weiblich.

1 Mädchen, 14½ Jahre alt, um Landwirtschaft zu erlernen,
mehrere Dienstmädchen für halbe Tage,
mehrere Dienstmädchen für ganze Tage, die zu Hause schlafen können,
mehrere Dienstmädchen, Tagelöhnerinnen und sonstige Arbeiterinnen,
1 Dienstmädchen, in allen Hausarbeiten erfahren.

Es werden gesucht

Mehrere Arbeiter für Zechen
mehrere Burschen über 16 Jahre alt für unter Tage arbeiten,
1 Modellschreiner,
5—6 Bauschreiner für auswärts,
1 Friseurlehrling.
Für sofort 2 Jungen von 15—18 Jahren, evgl. Rel. nach auswärts zum Landwirt.

Landwirtschaftliche Arbeiterinnen.

Meldungen und Auskunft von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags im Geschäftszimmer, Gasthausplatz, Zimmer Nr. 3.

Vermittlung kostenlos.

Lebensmittelverteilung :: Amt Rhede.

Am Freitag, dem 18. Juli 1919 gelangen zur Verteilung gegen Bezugsschein grün:

K 325 Gramm Graupen 33 Pfg.
L 500 Gramm Kunsthonig 80 Pfg.
M 500 Gramm Weizenmehl 2,40 Mk.
N 3 Stück Heringe pro Kopf à 30 Pfg.

Der Verkauf der Waren erfolgt in den Geschäften von Konsumgenossenschaft Eintracht, Deitmer Wilh., Forge Joh., Heinrichs Jos., Rössling Theod., Ketteler Alois, Imping Franz, Wessels Joh., Tebrügge Franz, Knöringer Jos. in Krechting.

Das Weizenmehl gelangt am Samstag, dem 19. Juli 1919, vormittags von 9 Uhr ab zum Verkauf.

Die Waren dürfen vor dem festgesetzten Termin nicht verkauft werden.

Der c. Amtmann: Schöttler.

Bekanntmachung.

Der mit dem Getreidehändler Theodor Quartier zu Holtwick abgeschlossene Vertrag über die Verpachtung der Jagd in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke Holtwick, bestehend aus der Gemeinde Holtwick, liegt gemäß § 23 der Jagdordnung vom 18. Juli ds. Js. ab zwei Wochen lang in der Wohnung des Unterzeichneten öffentlich aus.

Jeder Jagdgenosse kann während der vorbezeichneten Auslegungsfrist beim Kreisausschuß zu Borken gegen den Pachtvertrag Einspruch erheben. Dieser darf sich jedoch gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen insoweit nicht richten, als dieselben durch das Verfahren nach § 21 der Jagdordnung festgestellt sind.

Holtwick, den 14. Juli 1919.

Der Gemeindevorsteher: Hüls.

Bekanntmachung.

Mit dem Aufkauf der Frühkartoffeln 1919 im Kreise Borken sind folgende Personen beauftragt worden:

1. Kreiskommissionär Franz Kreilkamp, Ramsdorf,
2. Fritz Rave sen., Ramsdorf,
3. Heinrich Kappert, Waldvelen,
4. Joseph Sievers, Waldvelen,
5. Bernhard Langela, Weseke,
6. Gerhard Schmidt, Weseke,
7. Bernhard Deelmann, Borken,
8. Johann Welsing, Rhedebrügge,
9. Wilhelm Brune, Heiden,
10. Heinrich Sicking, Reken,
11. Anton Essing Rhede,
12. Constantin Terstegge, Bocholt,
13. Heinrich Schlütter, Dingden,
14. Eduard Hater, Raesfeld.

Nur diesen Personen ist der Aufkauf gestattet. Der Verkauf an und der Ankauf durch andere Personen ist verboten und wird ebenso wie die verbotswidrige Ausfuhr nach den bestehenden Gesetzen verfolgt werden.

Borken, den 14. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

†

Das Jahres-Seelenamt

für den auf dem Felde der Ehre gefallenen

Wilhelm Schmeink aus Mussum

findet statt am Montag, den 21. d. Mts, 6½ Uhr in der St. Josephskirche, wozu Verwandte und Bekannte freundlichst eingeladen werden.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sagen wir allen unsern

tiefgefühlten Dank.

Familie Heinrich Groß-Hardt.

Am Samstag, dem 19. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr, werde ich in der Wirtschaft August Jansen zu Suderwick im Auftrage des Landwirts J. W. Luiten zu Suderwick folgende Früchte auf dem Halme, nämlich:

ca. 1000 Ruten Roggen und ca. 900 Ruten Hafer vom Gute Fehlert

parzellenweise öffentlich und meistbietend gegen Kredit auf Bürgschaft versteigern.

Die Ansteigerer müssen **Selbstversorger und Kreiseingesessene** sein.

Bocholt, den 9. Juli 1919.

Heinrich von Delst,
beeidigter Auktionator.

Roggen-Verkauf.

Am Montag, dem 21. ds. Mts., morgens 9 Uhr,
werden auf dem Gute **Benning**

10 Morgen Roggen 1. Pettuser Absaat

in Parzellen meistbietend verkauft.

Die Käufer müssen Kreiseingesessene und Selbstversorger sein.

Tangerding, Steuern.

Sauerkraut-Verkauf.

Am Montag, dem 21. d. Mts., vormittags 9 Uhr werde ich im freiwilligen Auftrage und für Rechnung des **Herrn Fritz Blömker, in dessen Lagerhaus Südmauer** (früher Marlie'sche Fabrik)

1½ Waggon Sauerkraut

18 Fässer à ca. 600 Liter Inhalt u. 15 Fässer à ca. 200 Liter Inhalt

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Die Fässer eignen sich ganz besonders als Regen- und Jauchefässer.

Die Ware stammt von der Reichsstelle für Gemüse und Obst in Berlin.

Bocholt, 16. Juli 1919. **Johann Kölle,**
Fernsprecher 509. Auktionator.

Der Ausverkauf von leichtbeschädigten Holzschuhen

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

wird am

Donnerstag, Freitag und Samstag

fortgesetzt.

Mosters, Stockhorst & Co.,
Mechanische Holzschuhfabrik.

Für die Ernte und sonstige Landarbeit
nach auswärts

Mädchen gesucht.

Nähere Auskunft
Städt. Arbeitsnachweis,
Gasthausplatz, Zimmer 4.

6 Fenster 1,25 × 1,28 mit Rahmen,
1 „ 1,05 × 1,64 „
1 Fenster-Tür 1,05 × 1,64 mit „
2 Flügel mit Verglasung,

alles pitch-pine-Holz, gut erhalten zu kaufen bei **Hermann Ebbing, Rhede,** Krechtinger Chaussee 77.

Fr. Lüthgen u. Sohn
Hoflieferanten
Wesel, Hindenburgstr. 62 — Düsseldorf, Rossstr. 44
Anfertigung feiner Damen-Jackenkleider

Niederrheinische
Güter-Assekuranz-Gesellschaft zu Wesel
übernimmt
Transportversicherungen aller Art
bei See-, Fluß-, Land- und Postversand, sowie Valoren-, (Bargeld, Wertpapiere usw.) Reisegepäck- und Automobilversicherung.
Versicherung gegen öffentliche Unruhen, Aufruhr, Plünderung.
Auskunft erteilt die **Hauptagentur Bocholt:**
Fernsprecher 354. **Karl Isert.**

Für ein hiesiges kaufmännisches Büro wird per 1. August tüchtiger, erfahrener

Buchhalter

gesucht.

Offerten mit Gehaltsansprüchen an die Expedition d. Ztg. unter Nr. **C 5853.**

Geschäfts-Empfehlung.

Zeige hiermit ergebenst an, daß ich die Geschäfte als

Auktionator

wieder übernommen habe und bitte um geneigten Zuspruch.

Bocholt, den 8 Juli 1919.

Otto Pitz, Auktionator,
Viktoriastraße Nr. 13.

Neuheiten!
PHOTO-APPARATE
sämtliche Bedarfs-Artikel
erster Firmen. Fabrikpreise.
LEOPOLD SOESTMEYER,
Ravardistrasse 21.
Dunkelkammer zur kostenl. Verfügung.

Ordentliches

Mädchen

für bald gesucht.

Frau Jos. Nelles,
Münsterstraße.

Ein tüchtiges, in Küche und Hausarbeit erfahrenes

Mädchen

für kleinen Haushalt zum 1. Oktober gesucht.

Näheres Geschäftsstelle

Ein schulentlassenes

Mädchen

für Stundenarbeit gesucht.

Zu erfragen bei Joseph Heinrichs, Rhede.

Eine saubere Frau oder Mädchen

für einige Nachmittage in der Woche z. Putzen gesucht.

L. Silberschmidt,
Ost Nr. 5.

Ein Mädchen,

welches melken kann, zu sofort auf dem Lande gesucht.

Näh. bei Jos. Heinrichs, Rhede.

Putzfrau

gesucht für Freitags nachmittags.

Näheres Geschäftsstelle

Tüchtiger

Heizer

gesucht.

Johann Borgers,
Wattefabrik.

1 Schuhmacher-Geselle

auf sofort od. spät. gesucht.

Johann Hülsmann,
Dorsten i. W.

Erfahrener

Schreinergeselle

für sofort gesucht.

Wwe. H. Hülskamp,
Südmauer 19.

General-Vertretung

für Bocholt vergibt großes Haus an strebs. Herrn, welcher 1) best. in Colonialwaren-Geschäften eingef., 2) an Hand mehrerer Untervertr. zu arb. versteht, 3) ein eig. Büro mit teleph. Anschluß hat. Ware: chem. Produkte. Die Generalvertr. soll für dauernd vergeben werden, wodurch ein Herr mit la Referenz. in Frage kommt. Ausführliche Off. sind zu richten an: **Osnabrücker Handels u. Verband.** Abt. chem. Produkte, **Osnabrück.**

Tüchtiger

Heizer

für sofort gegen hohen Lohn

gesucht.

Wwe. B. Messing.
Westend.

Einige 100 Ruten

Hafer

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preisangabe an **Jos. Heinrichs, Rhede.**

Ein Posten Gardinen
(Reichsware)
bestehend aus Stückware und Resten, eingetroffen, besonders preiswert.

Jakob Meier,
Spezialhaus für Gardinen und Teppiche
Osterstrasse 31.

Sparkasse der Stadt Bocholt.

Mündelsicher.

Geschäftsräume: Kaiser Franz Joseph-Platz 1.

Reichsbank-Girokonto. **Postscheck-Konto Köln 11 866.**

Zinsfuß für **Einlagen** bei täglicher Verzinsung

3¾ Prozent.

Provisionsfreier Scheckverkehr und Ueberweisungsverkehr.

Vermietung von Schrankfächern (Safes), Jahresmiete 3 Mark.

Christl. Gewerkschaftskartell.

Am Freitag, dem 18. d. M., abends 8½ Uhr findet im Saale des Arb.-Vereins **St. Paulus** eine

wichtige Versammlung

des Vorstandes und der Vertrauensleute statt.

Tagesordnung:
Besprechung über das Kartellfest.

Die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute der angeschlossenen Zahlstellen werden dringend ersucht, vollzählig zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Gegen-Erklärung.

Auf die Anschuldigungen des Bocholter Touristen-Vereins bezügl. unserer Veranstaltung am vergangenen Sonntag möchten wir erwidern, daß unser Verein stärker ist, als wie in der Zeitung angegeben.

Auch die Anschuldigung, daß der Ueberschuß des Festes die Taschen der Mitglieder füllt, ist eine direkte Unwahrheit. Der Ueberschuß ist und bleibt in der Vereinskasse. Die Bestrebungen unseres Vereins sind dieselben wie die des Bocholter Touristenvereins und keine, wie sie uns von diesem Verein unterschoben werden.

Auf weitere Anschuldigungen werden wir nicht erwidern.

Bocholter Wanderklub F. L.

Werkstatt-Schreiber

auch Kriegsbeschädigter für Lohnrechnung sofort gesucht.

Fiender & Co.
Werk II. Westend.

Tabak

(sehr starke Pflanzen) empfiehlt

Plantage Behnen.

Leere Kisten

zu verkaufen.

Anton Marx,
Nordwall 14.

Eine gebrauchte, gut erhaltene, kupferne

Pumpe

mit Messingbeschlag zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Spörgelsamen

zu kaufen am **Freitag** auf dem Wochenmarkte.

Schwarze

Johannis-Beeren

(Oelbeeren) nur noch ein kleiner Posten abzugeben.

Plantage Behnen.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht **B. Calderarow,** Hamburg 5. Tüchtige Vermittler gesucht.

Kath. Arbeiterinnenverein.

Karten für den am **Sonntag** stattfindenden Ausflug werden am **Donnerstag und Freitag Abend verausgabt.**

Der Vorstand.



Bienenzuchtverein
Bocholt und Umgegend.

Nachmeldungen für Zuckerbezug für 1919, die an das **Lebensmittelamt** bezw. **Amt Liedern** zu richten sind, können noch bis zum **19. d. M.** erfolgen.

Handwerker sucht für bald oder später eine

Wohnung

event **2–3 Zimmer.**

Offerten unter **B. 858** an die Geschäftsstelle erbeten

Zu mieten gesucht

auf mehrere Jahre **großer Saal.** Je nach der Lokalgröße zahle jährliche Miete von 3—6000 Mark.

A. Stupan, Frankfurt a. M.,
Hafenstraße Nr. 57.

Käselab

Käsefarbe
echt holl. Marke
„Visser".
Gebr. Steiner,
Drogerie
zum weißen Kreuz.
Fernruf 257. Gegr. 1893.

Stückkalk

fuhren- und zentnerweise abzugeben. Daselbst ein stabiles, gut erhaltenes **Gigh** zu verkaufen.

Julius Terbrde,
Dingden.

Gut erhaltene

Turn- oder Tennis-Schuhe

Größe 39—40 zu kaufen gesucht.

Näheres Geschäftsstelle.

Bett

mit 2 Kissen, rot, preiswert zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle

Gut erhaltene

Herrenfahrräder

mit prima Gummibereifung abzugeben.

Klempnerei Albers,
Rhede.

Großer 3flammiger

Gasherd

mit 3 Würmern (fast neu) **zu verkaufen.**

Ostwall 7/8.

Brennholz u. Schanzen

kauft

Edm. Stock, Solingen.

Ein sehr flotter

PONY

mit **Dogcart und Geschirr** zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Ein tragendes



Schwein

(30. Juli ausgetragen)

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Milchschaf

1½ Jahr alt, preiswert zu verkaufen.

Jägerstraße 41.

Ein

Mutterschaf

mit **2 Lämmern** zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Aus gutem Hause sind

zu verkaufen:

Ein Paar fast neue elegante Damenschnürstiefel mit hellem Einsatz, ein Paar Halbschuhe, Größe 37½, neuer vornehmer Sommerhut, guterhalt. Kleider und Blusen (kleine, 42er Figur), Muff u. Kragen (Edelmarder), je 1 Paar fast neue Herrenschnürschuhe und Lederpantoffeln (Größe 46), ein wenig getragener Gehrock mit Weste auf Seide (große Figur), mehrere Portieren und Tischdecken.

Näheres Geschäftsstelle

Fast neues

Herrenfahrrad

mit guter Gummibereifung zu verkaufen.

Albert ter Voert,
Schmiedemeister,
Spork bei Bocholt.

Ein fast neuer

photogr. Apparat

nebst Zubehör preiswert abzugeben.

Näheres Geschäftsstelle

Flobert-Munition

eingetroffen

Johann Wedding, Rhede.

Ein

Pferdegeschirr

(Blattgeschirr) auf dem Wege von der Königsmühle zur Stadt **verloren.**

Gegen Belohnung abzugeben **Nordstr. 25.**